

Antrag

Initiator*innen: LAG Demokratie und Recht (dort beschlossen am: 03.09.2025)

Titel: **Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung**

Antragstext

1 **Saar-Grüne fordern Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der**
2 **„Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes“**

3 Die Saar-Grünen fordern die Landesregierung von Ministerpräsidentin Rehlinger
4 dazu auf, die „Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes“ zur
5 strukturellen Stärkung von Unabhängigkeit und Überparteilichkeit bei der
6 Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtages anzusiedeln.

7 Die Aufgaben der politischen Bildung sind von grundsätzlicher Bedeutung für
8 Stabilität und Resilienz unserer Demokratie und Ihrer Institutionen. Hierzu
9 leistet die Landeszentrale für politische Bildung einen großen Beitrag, indem
10 sie die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem freiheitlich-
11 demokratischen Wertesystem fördert und die Bürgerinnen und Bürger dabei
12 unterstützt, sich an der Ausgestaltung des politischen und gesellschaftlichen
13 Lebens zu beteiligen. Sie stärkt also aktiv Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
14 Menschenrechte.

15 Gerade in politisch unsicheren Zeiten ist es daher umso wichtiger, die
16 Unabhängigkeit und Überparteilichkeit dieser Institution in den Vordergrund zu
17 setzen und die nötige Umstrukturierung anzupacken. Jüngst haben sich die
18 Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN und FDP im nordrhein-
19 westfälischen Landtag zusammengetan, um eine Umstrukturierung der dortigen
20 Landeszentrale für politische Bildung vorzunehmen.

Die Saar-Grünen fordern daher folgende Maßnahmen, die sich an diesem Gesetz orientieren:

1. Die „Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes“ soll als teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechtes bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtags angesiedelt werden.
2. Die „Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes“ soll in Bezug auf den Inhalt der politischen Bildungsarbeit keinen fachlichen Weisungen, sondern lediglich gesetzlichen Vorgaben unterliegen.
3. Der Landeszentrale sollen zusätzliche Aufgaben übertragen werden. Neben der Aufgabe der politischen Bildung tritt zusätzlich die Aufgabe der Präventionsarbeit.
4. Zur Unterstützung der Landeszentrale wird der wissenschaftliche Beirat, der bereits heute aus unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besteht, als Kuratorium ausgestaltet, dem ebenfalls Vertreterinnen und Vertreter des Landtages angehören.
5. Die im Saarland unterbesetzte Landeszentrale muss personell besser ausgestattet werden. Die Landesregierung hat erklärt, sie wolle Mittel aus der Förderung der Jugendorganisationen der Parteien auf die Landeszentrale übertragen. Die Umsetzung dieser Maßnahme lässt die Landesregierung aber leider vermissen.

Begründung

Begründung ergibt sich aus Antragstext. Weitergehende Begründung erfolgt mündlich.